

GLOBALISIERUNG, GOVERNANCE UND WISSEN EIN KOMMENTAR

HANS ZACHER

„Globalisation, governance and knowledge“ heißt im Deutschen: „Globalisierung, Governance und Wissen“. Das englische Wort „knowledge“ hat ebenso wie das deutsche Wort „Wissen“ eine sehr weite und vielfältige Bedeutung. Ein Kommentar kann sich nicht mit allen diesen Bedeutungen befassen. Er muß sich konzentrieren. Darum soll hier nur von *einem* Aspekt des Wissens gesprochen werden: Von der Erzeugung neuen Wissens, von der Forschung. Das Thema dieses Kommentars ist also: *Globalisierung, Governance und Forschung*.

Daß „Globalisierung“, „Governance“ und „Forschung“ etwas miteinander zu tun haben, ergibt sich daraus, daß *Forschung ein soziales Phänomen* ist: ein Prozeß, in dem Menschen zusammenwirken. Zwar ist das Gewinnen einer neuen Erkenntnis letztlich immer eine personale Leistung, ein personales Ereignis. Aber *selbst unter den Forschern* – also unter denen, die diese personale Leistung erbringen und dieses personale Ereignis der neuen Erkenntnis an sich erfahren – geschieht das in einem unerhört komplexen Prozeß der Darstellung von Wissen, der Weitergabe von Wissen, der Übernahme von Wissen, der Diskussion alten Wissens, der Diskussion der Möglichkeit neuen Wissens, der Diskussion der gedanklichen und der technischen Arrangements, in denen das neue Wissen gewonnen werden soll, schließlich der Darstellung und der Überprüfung der Ergebnisse. Und das alles kann im großen offenen Kreis unendlich vieler Wissenschaftler – wie etwa durch das Schreiben, das Verbreiten und das Lesen gedruckter Werke – ebenso geschehen wie in der kleinen Forschergruppe und in vielfältigen Konstellationen dazwischen – in Kongressen, Seminaren, durch die Begegnung mit Kollegen usw. Es kann in aller Öffentlichkeit geschehen oder unter Umständen der Geheimhaltung. Jedenfalls ist Forschung ein Prozeß

der Weiterentwicklung von Wissen, der sich unter unendlich vielen Wissenden vollzieht, auch wenn sich die entscheidende Leistung der Entdeckung oder Erfindung ganz auf einen einzelnen konzentrieren kann.

Schon daraus ergibt sich, daß Forschung und Globalisierung miteinander zu tun haben. *Globalisierung* heißt: Wie nie vorher in der Geschichte stehen alle Orte der Welt miteinander in einer potentiellen oder effektiven Verbindung – und damit auch die Menschen der ganzen Welt, wo immer sie auch sind und leben; sie können voneinander wissen, können sich miteinander austauschen, sich begegnen, können zusammenwirken. Das *Problem der Globalisierung* ist *erstens*, daß die Möglichkeiten, von dieser globalen Nähe aller zu allen Gebrauch zu machen, und die Vorteile und die Nachteile, die sich daraus ergeben, sehr ungleich verteilt sind. Und *zweitens*, daß diese Möglichkeiten und ihr Gebrauch keine umfassende, sondern nur eine sehr fragmentarische Ordnung haben. So heißt Globalisierung auch: Wie nie vorher in der Geschichte können wissende und forschende Menschen an der Entwicklung neuen Wissens, gleichviel wo sie sich vollzieht, Anteil nehmen; aber die Bedingungen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, sind sehr ungleich verteilt, und sie haben nur eine unzulängliche Ordnung.

Der *soziale Charakter der Forschung* steht jedoch in sehr viel *weiteren Zusammenhängen* als in dem Zusammenwirken der Wissenden und Forschenden. Erst diese weiteren Zusammenhänge machen die volle Tragweite deutlich, die Globalisierung und Governance für die Forschung haben. Sie können mit dem *Satz* ausgedrückt werden, daß *Forschung immer vom Staat und von der Gesellschaft ermöglicht, in Dienst genommen, aber auch begrenzt und verboten* wird. Wie das geschieht, davon hängen die Spielräume der Forschung ebenso ab wie die Energien, welche in die Forschung eingehen. Davon können aber auch die Gegenstände der Forschung abhängen und die Richtung, welche die Forschung nimmt.

Ermöglichen heißt dabei: vor allem: die Gewährleistung der notwendigen Freiheit, das Bereitstellen der Mittel, aber auch die Organisation (etwa der Universitäten und der Forschungsinstitute), die Regelung des geistigen Eigentums usw. Das reine Ermöglichen ist für den Fortschritt der Erkenntnis in besonderer Weise wichtig. Es bedeutet, daß der Staat oder gesellschaftliche Akteure (Mäzene, Stiftungen usw.) neuem Wissen eine Chance geben, ohne darauf abzustellen, wem und wozu das neue Wissen nützt. Dieses neue Wissen ist grundsätzlich ein öffentliches Gut. Es erweitert den Vorrat allgemeinen Wissens. Es kann dann für neues Können gebraucht und angewandt und so ebenso nützlich wie gefährlich werden. Richtig organisiert bedeutet das Ermöglichen der Forschung darüber hinaus, daß die aussichtsreicheren

Forschungen der aussichtsreicheren Forscher die besseren Chancen bekommen. Die Verantwortung dafür liegt bei den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die Forschung ermöglichen.

Das Ermöglichen kann aber auch in der Absicht geschehen, die *Forschung in Dienst zu nehmen* – zumeist politisch (für militärische, ökologische, administrative usw. Zwecke) oder wirtschaftlich (für die Entwicklung neuer Verfahren oder neuer Produkte). Diese In-Dienst-Nahme gibt dem Ermöglichen der Forschung eine wesentlich andere Gestalt: hinsichtlich der Freiheit der Forscher, der Bereitstellung der Mittel, der Organisation der Forschung usw. In-Dienst-genommene Forschung richtet sich zumeist auf neues Können. Die In-Dienst-Nahme ist deshalb in der Regel so angelegt, daß die Forschungsprojekte und die Forscher die größere Chance haben, die das neue Können mit der größeren Wahrscheinlichkeit hervorbringen. Die Verantwortung dafür liegt bei den staatlichen Stellen und bei den gesellschaftlichen Einheiten, die das neue Können brauchen – also etwa bei den zuständigen Ministerien, bei den Unternehmen usw. Sie erwerben in der Regel auch das geistige Eigentum an dem neuen Wissen und dem neuen Können und Verfügungen darüber. Trotz dieser Tendenz zur Ausschließlichkeit der Verfügungsrechte gehen die Ergebnisse in-Dienst-genommener Forschung früher oder später doch in den Bestand allgemeinen Wissens und Könnens ein.

Staat und Gesellschaft können der Forschung aber auch hindernd entgegen stehen: begrenzend oder verbietend. Das geschieht immer dann, wenn Werte und Güter in Konflikt mit der Forschung treten. Das können religiöse Lehren sein. Die Geschichte der abendländischen Forschung ist voll der Konflikte zwischen der Forschung und religiösen Vorstellungen. In der Gegenwart geht es vor allem um elementare Werte, die von den Christen als Schutz der Schöpfung verstanden werden: die Würde des Menschen und die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens, der Schutz der Tiere gegenüber wissenschaftlichen Versuchen, der Schutz der Umwelt. Dazu kommen politische Güter wie etwa die nationale Verteidigung. Aber auch gesellschaftliche Güter und individuelle Rechte kommen in Betracht. Es ist Sache des Rechts, die Freiheit der Forschung zu sichern und abzugrenzen. Aber immer wieder versucht auch die Politik und versuchen auch gesellschaftliche Kräfte, die Spielräume der Forschung einzuengen.

Mit all dem wird deutlich, wieviel Forschung mit *Governance* zu tun hat. Mit dem, was Governance im Staat bedeutet: mit Regierung im weitesten Sinne. Und mit dem, was Governance in der Gesellschaft bedeutet: mit der Führung von wirtschaftlichen Unternehmungen, von gesellschaftlichen

Organisationen usw. So wichtig dabei auch die gesellschaftlichen Bedingungen der Forschung sind, so ist doch offenkundig, daß der Staat eine besondere Bedeutung hat. *Wie* der Staat Forschung ermöglicht, *wie* der Staat Forschung in Dienst nimmt, und *wie* der Staat die Freiheit der Forschung gewährleistet und begrenzt, prägt das nationale Klima, von dem das Gedeihen der Forschung abhängt. Freilich hängt dieses Gedeihen nicht minder von den gesellschaftlichen Bedingungen der Forschung ab. Es gibt forschungsgläubige, forschungswillige, forschungskritische und forschungsfeindliche Gesellschaften. Wie ja auch die Möglichkeiten des Staates, Forschung zu ermöglichen und Forschung in Dienst zu nehmen, von den wirtschaftlichen und den sonstigen zivilisatorischen und kulturellen Leistungen der Gesellschaft abhängen. Aber daran, wie gesellschaftliche Kräfte Forschung ermöglichen können, wie gesellschaftliche Kräfte Forschung in den Dienst nehmen können, und wie die Gesellschaft die Freiheit der Forschung ausweiten oder einengen kann, hat immer auch der Staat einen wesentlichen Anteil. Schließlich bildet der Staat so auch den Rahmen für die Fülle der Wechselwirkungen, die sich zwischen den unterschiedlichen Forschern, Forschungseinrichtungen und Forschungsprozessen vollziehen – anders gesagt: den Rahmen dafür, ob und in welchem Maße sich in einem gewissen Raum eine kritische Masse wechselseitiger Anregung und Ergänzung bildet.

Das Ensemble der Wirkungsbedingungen, in dem sich Forschung entfaltet, ist so weitgehend national bestimmt. Gesellschaftliche Kräfte, die Forschung ermöglichen oder in Dienst nehmen, ebenso gesellschaftliche Kräfte, welche die Freiheit der Forschung ausweiten oder einengen, können zwar über die nationalen Grenzen hinausgreifen. Aber wo immer sie wirken, werden sie wieder darauf verwiesen sein, in das jeweilige nationale Milieu der Forschung einzutauchen.

Im Zusammenhang der *Globalisierung* erwächst daraus ein Spannungsverhältnis: Forschung als soziales Geschehen bleibt in hohem Maße national bedingt; nur ihre Wirkungen breiten sich aus. Die Gefälle der Ungleichheit, welche die Globalisierung zum Ärgernis werden lassen, werden dadurch vertieft. Das zeigt sich vor allem in zwei Zusammenhängen.

Die Möglichkeiten einer *Forscherpersönlichkeit*, sich über die Entwicklung des Wissens zu unterrichten, haben sich im Zuge der Globalisierung zwar immens erweitert. Ihre Möglichkeiten, an der Entwicklung des Wissens aktiv – nehmend und/oder gebend – Anteil zu nehmen, hängen in der Regel jedoch von den wissenschaftlichen Verhältnissen in dem Umfeld ab, in dem sie lebt und arbeitet. Je nachteiliger sich diese Verhältnisse vom höchsten gegebenen

Niveau unterscheiden, desto größer sind auch die Nachteile, welche die einzelne Forscherpersönlichkeit erleidet, die an dem allgemeinen Prozeß der Wissensentwicklung aktiv Anteil zu nehmen sucht. Die Differenz zwischen dem eigenen Umfeld und den besser entwickelten Forschungsräumen führt die Forscherpersönlichkeit in das *Dilemma zwischen Marginalisierung und Wanderung*. Und so oft sich eine Forscherpersönlichkeit für die Wanderung entscheidet, kann dies zur weiteren Marginalisierung des Forschungsraumes, aus der sie gekommen ist, beitragen.

Globalisierung heißt auch: Die *Informationen über den Fortgang des Wissens und des wissensbedingten Könnens* gehen über die ganze Welt. Wie Staat, Gesellschaft und die Wissenschaft eines Landes jedoch diese Informationen aufgreifen und verwerten können, hängt vom Stand der Forschung im Lande ab. *Mit dem Abstand zwischen dem Niveau der je eigenen Forschungslandschaft und den besser entwickelten Forschungslandschaften nimmt der Nachteil des je eigenen Raumes gegenüber den besser entwickelten Räumen zu.* Wieder ergibt sich ein *Dilemma: zwischen der weiteren wissenschaftlichen und zivilisatorischen Marginalisierung des Landes und der Abhängigkeit von dem Wissen und Können anderer Länder* – insbesondere auch der Abhängigkeit von den staatlichen oder gesellschaftlichen Einrichtungen und Persönlichkeiten, die über dieses Wissen und Können verfügen können.

Diese Dilemmata bedürfen der Auflösung. Auf die räumliche Verdichtung wissenschaftlicher Potentiale kann nicht verzichtet werden. Die größte und wirkungsstärkste kritische Masse gibt der Forschung die besten Chancen. Die größte und wirkungsstärkste kritische Masse, das heißt: die größte Masse aus (erstens) thematisch, methodisch und qualitativ einander ergänzenden Forschungspotentialen, die (zweitens) weltweit die Besten anzieht, und deren Forscher und Projekte (drittens) immer neu im Wettbewerb zueinander stehen. Das neue Wissen und das neue Können, das daraus hervorgeht, kommt – früher oder später – der Allgemeinheit zugute. Diese Bedeutung großer, gleichwohl räumlich konzentrierter kritischer Massen der wissenschaftlichen Forschung hat sich im Italien des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit gezeigt. Sie hat sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert gezeigt, als Frankreich, Großbritannien und die deutschsprachigen Länder diese Rolle übernahmen. Und sie zeigt sich seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA. Dieses Beispiel der USA zeigt zudem, daß die „postmodernen“ Kommunikationsverhältnisse die Vorteile der räumlichen Konzentration der „kritischen Masse“ offensichtlich nicht überflüssig machen. Offenbar bedarf es einer Vielheit von Wegen der Begegnung, des Austausches und der Rivalität, und offenbar auch bedarf es der Einheit der Maßstäbe und der

Techniken, mittels derer die besten Forscher den besseren und die besten Projekte den besseren vorgezogen werden. Die uneinholbaren Vorteile räumlich konzentrierter „kritischer Massen“ können somit nach wie vor nicht preisgegeben werden.

Aber bei der ungleichen Teilhabe an den Prozessen der Forschung darf es ebensowenig bleiben wie bei der ungleichen Teilhabe an dem neuen Wissen und dem neuen Können. Eine gute globale Ordnung muß Wege des Ausgleiches finden. In den jeweils forschungsferneren Ländern muß eine Kultur der Teilhabe an der Kompetenz und an den Ergebnissen der jeweils forschungsintensiveren Staaten und Gesellschaften entstehen. Das gilt für die einzelnen Forscher, für die sich nicht nur die Wanderung, sondern auch die Rückkehr lohnen sollte. Das gilt auch für die Forschungseinrichtungen, für die es nicht genügen darf, mit den Forschungseinrichtungen in weiter entwickelten Ländern zu kommunizieren. Sie müssen auch zu größeren Ensembles der Anregung und der Ergänzung aggregiert werden. Und sie müssen mit den Forschungseinrichtungen in leistungsfähigeren Räumen in Wettbewerb treten. Dieser Kommentar kann die Lösungen nicht skizzieren. Jedenfalls: *Angemessene Strategien nationaler, transnationaler und internationaler Governance* zählen zu den dringenden Aufgaben der Globalisierung.